

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 51 (1972)
Heft: 7-8

Artikel: Aktuelle Postulate im Telegrammstil
Autor: Kehl, Robert
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-338549>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 10.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zur Diskussion:

Aktuelle Postulate im Telegrammstil

«Profil» ist ein Diskussionsorgan. Aus diesem Grunde begrüssen wir auch Mitarbeiter, die ausserhalb der Sozialdemokratie stehen. Dr. Robert Kehl hat sich nicht nur als Jurist, sondern auch als Verfasser zahlreicher Publikationen einen Namen geschaffen. Es ist nicht das erste Mal, dass er für unsere Zeitschrift schreibt (vgl. «Profil» Nr. 1/69).

R. L.

Seit vielen Jahren trage ich mit mir politische Postulate herum, und es lässt mir keine Ruhe, bis ich sie publik gemacht habe, weil ich von deren Verwirklichung zwar sicher nicht das Heil der Welt, aber doch einigen Fortschritt sowohl mit Bezug auf die Wohlfahrt des Volkes als auch hinsichtlich der Demokratie erwarte. Ich hatte nun mit Bezug auf etliche dieser Postulate lange Zeit, darüber nachzudenken, und ich bin von ihrer Richtigkeit immer überzeugter geworden.

Ein Teil meiner Postulate ist bereits publiziert worden (Weltwoche vom 12.1.1972), nämlich diejenigen betreffend den Umweltschutz, welche dort als «rigorose Vorschläge zur Rettung der Zivilisation» bezeichnet worden sind. Dort handelte es sich im Grunde nicht um Postulate mit «Neuhheitswert». Wenn sie mir eine Welle von begeisterten Zuschriften aus dem In- und Auslande einbrachten, so nicht deshalb, weil es sich um originelle Ideen gehandelt hätte, sondern weil es zwar alle denken, aber nicht sagen, nicht vernehmlich genug sagen, nicht radikal genug. Die meisten sind ja auch resigniert und glauben nicht mehr daran, dass unsere Behörden wirklich handeln werden, bevor uns das Wasser in Halshöhe sein wird. Man befürchtet, man werde erst dann handeln, wenn z. B. unsere Bäume mitten im Sommer gebietsweise kahl werden.

Hier geht es nun um andere Dinge, zum Teil um recht heterogene. Jedoch um solche, die zum grossen Teil Anspruch auf gewisse Originalität erheben können. Aber nicht deshalb publiziere ich sie, sondern wegen der leisen Hoffnung, dass diese oder jene Idee aufgegriffen werden könnte ... zu unser aller Vorteil.

Ich glaube, im Sinne der Leser zu handeln, wenn ich in den meisten Fällen der Kürze halber den Telegrammstil wähle. Ich zähle sie hier also einfach ohne langen Kommentar auf:

Radikaler Preis- und Lohnstopp (ohne gewisse Ungerechtigkeiten und Robustheiten kann es dabei nicht abgehen; es hat noch immer «Schicksal» gegeben). Für *echte* Härtefälle soll eine Kommission eingesetzt werden, welche Ausnahmen bewilligen kann.

Die Industrie soll selber für die neuen *Wohnungen* sorgen, die bei Expansion von neuen Arbeitern benötigt werden, und sie darf ein weiteres

Kontingent nur einstellen, wenn sie den betreffenden Arbeitern auf eigene Kosten auch eine menschenwürdige Behausung zur Verfügung stellen kann. Nur bei nachgewiesenem volkswirtschaftlichem Bedürfnis kann der Staat sich einschalten.

Das *landwirtschaftlich nutzbare Land darf nicht weiter überbaut werden*, weil der heutige Restbestand für Krisen- und Kriegszeiten schon längst zu knapp geworden ist (eine richtige Politik sollte bekanntlich vorausschauende Politik sein).

Ein *gesunder Bauernstand* ist mit allen Mitteln zu *erhalten*, nötigenfalls so, dass jedem Bauern bei genügend eigenem Einsatz das Einkommen eines mittleren Beamten garantiert wird. Bergbauern ist für ihr besonders mühsames Leben überdies auf andere Art ein Ausgleich zu verschaffen.

Die Herstellung und der Handel mit *pharmazeutischen Produkten* sind zu verstaatlichen, weil es besonders stossend ist, mit der Not der Menschen besonders hohe Einkommen und Dividenden zu erzielen, wie das schon seit langem der Fall ist (Apothekerpreise).

Die *Krankenversicherung* ist auch auf zahnärztliche und zahntechnische Dienste auszudehnen.

Das Prinzip der freien Preisbildung ist aufzugeben zugunsten der Einführung der römisch-rechtlichen «laesio enormis», welche ganz anders konzipiert war als unser Wucherparagraph. Schon immer habe ich mich daran gestossen, dass im «heidnischen» Rom *übersetzte Preise* in viel weiterem Masse durch den Richter herabgesetzt werden konnten, als es in «christlichen» Ländern möglich ist. Hier sind Wucherpreise sanktionslos und am Laufmeter möglich, weil die gesetzlichen Wucherbestimmungen viel zu eng sind. Dieser Punkt ist heute um so aktueller, als die Profitgier nie ein solches Mass erreicht hat wie heute. Sie ist gewissermassen das Hauptgesetz unserer Gesellschaft geworden.

Wenn man schon die Arbeitszeit weiter verkürzen will – nach meinem Dafürhalten ist das, auch von der seelischen Gesundheit aus gesehen, zulässige Mass längst unterschritten –, dann wäre es an der Zeit, zuerst einmal die *Arbeitszeit der Älteren* bei möglichst gleich bleibendem Lohn zu reduzieren; denn es ist widernatürlich, dass Alte genau so lange arbeiten müssen wie Junge. Das ganze Leben ist sonst gestuft, nur unsere Kultur hat das noch nicht gemerkt, sondern macht ungesunde absolute und unifferenzierte Zäsuren. Eine Person von 60 Jahren sollte z. B. nicht gezwungen sein, vor 9 Uhr bzw. vor 15 Uhr mit der Arbeit zu beginnen (wenn sie es freiwillig anders halten will, so ist das ihre Sache).

Hierher gehört auch das längst überfällige und dringliche Postulat, die *vorzeitige Pensionierung* (z. B. vom 55. Altersjahr an) zu vernünftigen Bedingungen zu ermöglichen.

Es ist ein umfassendes *Gesetz über das Sammelwesen* zu erlassen, welches die maximale Gewähr gegen Missbrauch bietet (so gegen die Verwendung gesammelter Gelder für hohe «Spesen», hohe Gehälter und un-

nötige komfortable Reisen und «Ferien» im Ausland, wie sie schon vorgekommen sind). In unserem Lande bestände noch ein riesiges Potential an Helferwillen, wenn nicht das Vertrauen durch öffentlich bekannt gewordene Missbräuche – z. B. früher massenweise bei den Liebesgabenpaketen nach dem letzten Krieg oder kürzlich wieder bei der Caritas-Zentrale – weitgehend verwirtschaftet worden wäre.

Sehr wichtig scheint mir, dass der Staat eine neue Funktion der *Information*, nämlich diejenige über allgemeines lebenskundliches Wissen, übernimmt. Er sollte in leicht verständlichen Informationsheften alle jene wichtigsten Erkenntnisse neutral und kurz zusammenstellen, über welche im allgemeinen Einigkeit herrscht und die man allgemein Lebenskunde nennen kann.

Es ist doch im Grunde widersinnig, dass sich jeder Mensch wieder neu mit unsäglicher Mühe und riesigem Aufwande durch ein ganzes Labyrinth von falschen und halbwahren Informationen über elementare Lebensfragen hindurchfressen muss, um, wenn es gut geht, gegen Ende des Lebens zu einem gewissen objektiven Abschluss seiner Forscherei zu gelangen, nachdem er viele Jahre hindurch durch eine falsche Lebensweise sich selber und anderen (zum Beispiel seiner Familie) Schaden zugefügt hat.

Wir denken hier z. B. an die Ernährungslehre, an die Säuglingspflege, an die Regeln, die während der Schwangerschaft zu beachten sind, an die allgemeine Körperpflege, an die wichtigsten Gründe einer richtigen Partnerwahl¹ und eines richtigen Sexuallebens, an die Erziehung und vieles andere mehr.

Bei jeder Gesetzesvorlage hat die Opposition das Recht, auf Staatskosten einen begründeten Gegenantrag drucken zu lassen, der zusammen mit der Vorlage zu verteilen ist. Dieser Gegenvorschlag darf aber nicht umfangreicher sein als die Begründung des Vorschlages der Behörde, die auch vorzulegen ist. Für den Fall der Uneinigkeit der Opposition ist ein Verfahren vorzusehen. Die Verwirklichung dieses Postulates, das ich schon seit vielen Jahren gerne vorgebracht hätte, wäre ein grosser Schritt weiter in der Verwirklichung der echten und unmittelbaren Demokratie. Die meisten Bürger haben nicht die Zeit, in allen Zeitungen so zu studieren, dass sie die wirklichen Pro und Kontra klar gegenüberstellen können, und etliche sind bei dieser Aufgabe auch sonst überfordert.

Die Selbständigkeit der Kantone soll auf die Pflege der echten und sachlich berechtigten Punkte reduziert werden. In diesem Sinne sind zu vereinheitlichen: die Straf- und Zivilprozessordnungen, das Steuerrecht, das Schulwesen und anderes. Es ist ein Anachronismus ohnegleichen, dass

¹ Hier sollte der Staat auch entsprechende Forschung betreiben. Milliarden werden für Mondflüge ausgegeben. Aber für das, was alle aufs intensivste angeht und wo die Nachlässigkeit ein Meer von Leiden schafft, hat man kein Geld (vgl. mein Buch «Sexus und falsche Schuldgefühle», S. 237).

es in der kleinen Schweiz heute noch 25 verschiedene Prozessordnungen und Steuersysteme gibt (Schluss mit dem *Kantönligeist!*!).

Will der Staat oder eine Gemeinde (namentlich also eine Stadt) ein *Kunstwerk* (für meist teures Geld) anschaffen, so soll dasselbe zuerst während einer gewissen Zeit ausgestellt und in irgendeiner Form dem Bürger die Möglichkeit gegeben werden, seine Zustimmung oder Ablehnung bekanntzugeben, namentlich bei grösseren Auslagen. Wenn man nicht prinzipiell eine Abstimmung darüber verlangen will, so bleiben genügend andere Verfahrensmöglichkeiten, um dem Bürger einen Einfluss auf solche Anschaffungen zu bieten.

Vorlagen, die vom Volke abgelehnt worden sind, dürfen innert einer *legislativen Karenzfrist* von z. B. 4 Jahren nicht mehr vorgelegt werden. Die Praxis unserer Regierungen, Vorlagen, die sie unbedingt durchbringen wollen, nach kürzester Zeit praktisch unverändert und mit massiver Demagogie neu vorzulegen, stellt eine Missachtung des Volks (einen *Contempt of Democracy*) dar.

Der Staat ist ein ungeheurer Geuder. Ich bin überzeugt, dass er bei gutem Willen aller Behörden und Beamten fast mit der Hälfte der Mittel seine Funktionen ebenso gut erfüllen könnte. Bisherige Vorstösse, den Staat zum Sparen zu zwingen, sind meist gescheitert. Sie führten in der Regel ironischerweise dazu, dass nachher nur noch mehr ausgegeben wurden ist.

Ich denke, es wäre den Versuch wert, eine Art *Spar-Ombudsman* zu schaffen, der auf keinen Fall von der Regierung, sondern vom Parlament ernannt werden müsste. Dieser Spar-Ombudsman hätte das Recht, in alle beliebigen ihm gemeldeten Geschäfte des Staates Einblick zu nehmen, und er wäre unter eigener strenger Verantwortlichkeit verpflichtet, gegen Behörden und Beamte, welche die Interessen des Fiskus nicht nach bestem Wissen und Gewissen (nach Art eines bonus pater familias) wahrnehmen, Zivil- und nötigenfalls Strafklage zu erheben, wobei er dafür Anwälte zu ziehen könnte. Dabei scheint es mir gegeben, für alle Behörden und Beamten eine normale Haftbarkeit einzuführen; die Beschränkung der Haftung für grobes Verschulden, wie sie meistens rechtens ist, erscheint durch nichts gerechtfertigt (sie hat kaum dazu beigetragen, echte Initiative bei unseren Behörden und Beamten zu fördern).

Dr. Robert Kehl